

in Elsass-Lothringen zu erlangen und bestanden besonders darauf, sich von dem Ausschluß aus Marokko zu befreien, den der Versailler Vertrag gegen sie ausgesprochen hat. Auf dem ersten Punkt hätten die Deutschen nicht bestanden. Was den zweiten Punkt anbelangt, so zeige es sich, daß ihre Manöver nicht durchaus vergebens waren. Durch Artikel 141 des Versailler Vertrages verzichtete Deutschland auf alle Vorrechte von Algerien und der Marokko-Verträge, d. h., auf die Handelsgleichheit und offene Türen. Durch das neue Abkommen erhält Deutschland Handels-erleichterungen für seine Erzeugnisse im Sultanreich. Was die rein politische Frage der Niederlassung und die Konsularvertretung betrifft, wurden Deutschlands Ansprüche nicht formell abgelehnt, aber an die Diplomatie verwiesen. Andererseits ist es unmöglich, die Umstände zu übersehen, unter denen das so lange schwebende Abkommen zustande kam. Die Frage der Verminderung der Besatzungskräfte im Rheinland ist gestellt. Das Ereignis fällt zusammen mit so unangebrachten Kundgebungen wie die aggressive Rede Kardorffs. Der Abschluß des Handelsvertrages kommt gerade zur rechten Zeit, um Del in das Räuberwerk zu gießen. Man kann sicher sein, daß Stresemann daraus Nutzen zu ziehen verstehen wird.

England im Fahrwasser Poincarés.

Der Lokalanzeiger bringt eine Havasmeldung aus London, die angeblich aus „autorisierter englischer Quelle“ stammt und nach der die Londoner Regierung von Paris noch keine neue Mitteilung hinsichtlich der Besprechungen erhalten hat, die gegenwärtig zwischen den beiden Regierungen über die Frage der Verminderung der Rheinlandtruppen im Gange sind. In englischen diplomatischen Kreisen sei man der Ansicht, daß die Haltung der Deutschnationalen und die kürzlich von Herrn von Kardorff gehaltene Rede augenscheinlich Grund zu erneuter Beunruhigung in Paris darstellen und daß daher für den Fall, daß die französische Regierung beschlossene hätte, ihre effektiven Bestände im Rheinland nur um 5000 Mann zu vermindern, die bei dieser Gelegenheit anempfohlenen Vorsichtsmaßnahmen nur allzu verständlich wären. Gleichzeitig fügt die Note hinzu, daß die angeblich von der französischen Regierung beschlossene Zahl von 5000 Mann noch keine Bestätigung in London erfahren habe.

Die Rückgabe des ertornten Eigentums in Amerika.

Verlin. Am 9. August wurde eine Erklärung des amerikanischen Senators Smoot über die Ausschüsse der Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums in Amerika während der nächsten Sitzung des Kongresses verbreitet. Danach hat Senator Smoot sich u. a. dahin geäußert, daß die deutschen Interessen mit der Zurückbehaltung von 40 Prozent ihres Vermögens einverstanden seien. Rechtsanwält Dr. Kießbach, der allein berechtigt wäre, für den größten Teil der Eigentümer zu sprechen, hat auf Anfrage erklärt, daß er niemals weder unmittelbar noch mittelbar ein derartiges Einverständnis ausgesprochen habe und überhaupt nicht darum befragt worden sei.

Neue Bombenanschläge in Newyork angekündigt.

Die Newyorker Polizei teilt mit, daß eine große Anzahl prominenter Persönlichkeiten wie auch Gesellschaften Drohbriefe erhalten haben, in denen weitere Bombenattentate angekündigt werden für den Fall, daß Sacco und Vanzetti hingerichtet würden. In einem dieser Drohbriefe heißt es: Im Falle der Hinrichtung kann in Newyork die Sprengung eines großen öffentlichen Gebäudes und eines Bahnhofes erwartet werden. Unter Hinweis auf das kürzliche Attentat in der Newyorker Untergrundbahn, wird gesagt, daß man in diesem Falle jede Rücksichtnahme fallen lassen werde.

Bombenattentat in Buenos Aires.

Newyork. Nach Meldungen aus Buenos Aires wurde auf den Leiter der dortigen Kriminalpolizei ein Bombenanschlag verübt. Durch die Gewalt der Explosion wurde die Hauswand zerstört, Opfer an Menschenleben sind jedoch nicht zu verzeichnen. Die Polizei glaubt, den Anschlag in Zusammenhang mit dem Sacco-Vanzetti-Fall bringen zu können.

König und Kärner

Roman von Rudolph Strauß.

23) (Nachd. und verboten.)

Es war ein kurzes Schweigen. Dann stand Leopold Winterhalter auf: „Wo warten sie denn? Im Gewerkschaftshaus? Also in Gottes Namen, lassen wir sie kommen! Helfen wird's ja nichts! Was haben Sie denn noch?“ Der Diener zögerte. „Die Herren lassen noch sagen, sie wollten nur mit Herrn Direktor Werner Winterhalter verhandeln. Jeden anderen lehten sie ab.“

Aus den Tiefen seines Klubessels sprach Karl Schweikardt gehobten und aufmunternden: „Na... Genosse Winterhalter... las... das Volt ruft.“

Der Geheime Kommerzienrat Kühn hob entschlossen den Kopf: „Meine Herren! Ich habe ja eigentlich hier nicht mitzureden. Ich spreche rein privatim den Wunsch aus, Herrn Winterhalter mit der Mission zu betrauen. Wir werden ja sehen, wie groß sein Einfluß ist... Ich glaube, es erhebt sich kein Widerspruch?“ — „Nein!“ — „Jeder blamiert sich, so gut er kann,“ murmelte Schweikardt im Klubessell.

Als Werner Winterhalter fort war, trat eine erwartungsvolle Ruhe ein. Draußen verkündeten schrille Dampfpeifen durch die leeren Höfe und Fabriksäle die Mittagsrast. Nur ein dünnes Wächlein von Menschen rieselte statt des sonstigen tausendköpfigen schwarzen Schwalls durch das Ausgangstor, verlor sich auf der Landstraße. Einzeln Gestalten, die da draußen geharrt hatten, lösten sich hinter Bäumen und Säulen los, traten drohend auf die Gruppen zu. Es hoben sich Häufte. Schimpfworte hallten bis hinauf in das Beratungszimmer. „Da schlagen sie doch wieder einem Arbeitswilligen den Deckel vom Kopf!“ rief Moritz Kühn wütend oben am Fenster. „Der Mann blutet. Herrgott! Woju haben wir denn eigentlich... na, endlich kommt 'n Schumann.“ — „Das findet Herr Winterhalter wahrscheinlich auch in der Ordnung,“ sprach sein Vater, der Geheimrat, ohne vom Schreibtisch aufzusehen. Er füllte eine lange Deyesche aus und gab sie dem Diener. „Nach Belgien! Dringend! Mit bezahlter Rückantwort! Aber sofort expedieren und keinem Menschen zeigen.“

„Was ist denn das für ein gefährliches Dokument, Herr Geheimrat?“ — „Später, Doktor Wähle! Vorläufig hat Herr Winterhalter ja das Wort.“ — „Zeit nimmt er sich,“ brummte Schweikardt und sah auf die Uhr. „Ge-rechter Strohack, nun tolsen sie schon zwei geschlagene Stunden. Ich hab' einen Sumac...“

Ein deutsches Auslieferungsgesetz.

Entwurf des Justizministeriums.

Der Reichsjustizminister hat dem Reichstage den Entwurf eines deutschen Auslieferungsgesetzes überreicht. Die Reichsregierung bezeichnet es als in hohem Maße erwünscht, sich bei den Verhandlungen mit anderen Staaten über den Abschluß von Verträgen über die Auslieferung und die sonstige Rechtshilfe in Strafsachen auf einheitliche Richtlinien für den Inhalt der Abmachungen stützen zu können. Übereinstimmend mit allen Auslieferungsgesetzen anderer europäischer Staaten stellt sich auch der vorliegende Entwurf vor allem zwei Aufgaben: er will zunächst die Voraussetzungen festlegen, unter denen anderen Staaten Rechtshilfe in Strafsachen gewährt werden kann; er will sodann das eigene Verfahren bei der Prüfung der Rechtshilfeersuchen und der Leistung der Rechtshilfe regeln.

Wieder ein ober-schlesischer Gemeinderat von den Polen aufgelöst.

Kattowitz, 17. August. Der Gemeinderat von Gascowice, Kreis Rybnik, in dem die deutschen Vertreter bei den letzten Wahlen eine große Mehrheit errungen hatten, wurde infolge der Ungültigkeitserklärung der letzten Wahlen durch die Konwochschafft in Kattowitz aufgelöst. Es wurde eine kommissarische Verwaltung eingesetzt.

Politische Rundschau Deutsches Reich.

Reichsschulgesetzberatung im Herbst.

Die Zeitungsmeldung, daß die Reichsregierung infolge der Schwierigkeiten, die sich bei der Beratung des Reichsschulgesetzes im Reichstag ergeben könnten, das Gesetz nicht dem Reichstag für die Herbsttagung vorlegen wolle, trifft, wie halbamtlich gemeldet wird, nicht zu. Die Reichsregierung, heißt es, werde alles tun, um das Reichsschulgesetz der Herbsttagung des Reichstages vorzulegen.

Der Reichsfinanzminister zur Beamtenbesoldungsfrage.

Die demokratischen Abgeordneten Könneburg und Brodau hatten nach der Verlegung des Reichstages den Reichsfinanzminister Dr. Köhler ersucht, für die Reichsbeamten noch vor dem 1. Oktober 1927 eine ähnliche Maßnahme wie in Sachsen, wo allen Beamten vorläufige Weihen in bestimmten Hundertsätzen ihrer Dienstbezüge gewährt werden, durchzuführen. In seiner jetzt eingegangenen Antwort hat Dr. Köhler es abgelehnt, im gegenwärtigen Augenblick der Reichsregierung und dem Reichstag eine solche Regelung vorzuschlagen. Der Reichsfinanzminister hätte sich betanlich aber schon früher bereit erklärt, die Unterstützungsmittel der Behörden um rund 3 Millionen Reichsmark zur Linderung der Not derjenigen Reichsbeamten, welche sich in schwieriger wirtschaftlicher Lage befinden, zu verstärken.

Ein neuer Flaggenersatz.

Nach einer Meldung eines Berliner Blattes ist am 15. August ein Erlass des Reichswehrministers ergangen, der die Beflaggung von militärischen Dienstgebäuden und von Privatwohnungen der Wehrmachtsgewährberechtigten regelt. Den Reichswehrangehörigen wird das Zeigen von Schwarz-Weiß-Not bei der Beflaggung ihrer Wohnungen oder bei der Auswahl von Schwarz-Schleifen ohne gleichzeitige Berücksichtigung von Schwarz-Not-Gold unter sagt. Reichswehrgebäude, auch solche, die an Privatpersonen vermietet sind, dürfen nur mit Schwarz-Not-Gold oder mit sonstigen amtlich zugelassenen Flaggen beflaggt werden.

Wildungen will zu Preußen.

Von dem Anschluß Walbeds an Preußen war wiederholt die Rede, aber die eingeleiteten Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Nun hat der Gemeinderat der Stadt Bad Wildungen in Walbed

Und noch eine Stunde. Wähle war an das Telephon gegangen. Er lehrte kopfschüttelnd zurück: „Sollt man es für möglich halten: er kriegt sie herum.“ — „Was?“ — „Ich hab' ihn selbst gesprochen. Sie einigen sich. Sie sind gar nicht mehr weit voneinander.“

„So? Na... ich hab' ein Mißtrauen,“ sagte nach einem langen, allseitigen Schweigen der Geheimrat Kühn. „Ich habe seit vierzig Jahren ein Mißtrauen gegen Leute, die es eilig haben. Sehen Sie nur, wie Herr Winterhalter da unten die drei Stufen am Eingang auf einmal nimmt.“

„Ach — was wollen Sie? Ein junger Mann.“ Die Tür flog auf. Werner Winterhalter stürzte herein. Das war, als bliese ein Windstoß durch offene Fenster, so füllte sich um ihn herum das Zimmer mit einem Atem von Spannkraft und Frische. Ein Ungestüm, das auch die anderen belebte. Sie sprangen auf.

„Sieg?“ — „Nicht Sieg, sondern Frieden.“

„Unter welchen Bedingungen? Zeigen Sie mal erst die Abmachungen her. Dann wollen wir... Vorlesen?... Ne... bitte... lassen Sie erst mal mit... das ist in erster Linie meine Sache... Donnerwetter! Das haben Sie doch von der Gesellschaft erreicht?“ — „Wir sind uns genau auf halbem Weg entgegengekommen.“

„Im...“ — „Wie Sie das den drei Häuptlingen mündgerecht gemacht haben...“ — „Ich habe sie schließlich herumgекriegt... weil sie mich kennen. Eben tagt die Versammlung. Sowie dort unser Einverständnis eintrifft, empfehlen sie der die Annahme unserer Abmachungen. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen, der heutige Tag zählt voll für den Lohn.“ — „In Gottes Namen!“ Die Herren lachten. Die Stimmung schlug plötzlich ins Rosige um.

„Seht nachmittags noch ist hier alles in vollem Betrieb — das hab ich ausbedungen. Wir werden arbeiten, wenn die andern feiern, Geld verdienen, wenn die andern zusehen, und vor allem, über das hinaus, ein Beispiel geben... ein Beweis, daß es geht, wenn man nur wirklich will. Aber Sie müssen sich schnell entscheiden: Ja oder nein.“

„Meine Herren! Ich warne vor Nachgiebigkeit,“ sagte vom Fenster her der Geheimrat Kühn. „Nachgiebigkeit ist vielleicht nicht immer Schwäche. Aber wird immer als Schwäche aufgefaßt.“

Er stand auf und hielt sich die Ohren zu. „Meine Herren... ich bin nicht taub!... Ich verstehe Sie, auch wenn Sie nicht alle zugleich auf mich einschreien! Sie betrachten das als einen großen Triumph des Herrn Winterhalter, daß wir schon vor dem Kampf

den Beschluß gefaßt, unabhängig von den zwischen Walbed und Preußen schwebenden Auseinandersetzungen mit dem preußischen Innenministerium direkte Verhandlungen über einen Anschluß an Preußen aufzunehmen.

Regierungskrise in Mecklenburg.

Im Schweriner Landtag wurde nach einer Debatte über die Bildung einer Koalitionsregierung auf breiterer Basis die Abstimmung über den Antrag der Kommunisten auf ein Mißtrauensvotum gegen den demokratischen Justizminister Dr. Möller vorgenommen; sie ergab die Annahme des Mißtrauensvotums mit 26 Stimmen der Rechten und der Kommunisten gegen 21 Stimmen der Sozialdemokraten und der Gruppe für Volkswohlfahrt mit Einschluß der Demokraten. Dr. Möller nahm darauf seine Entlassung, wird aber sein Amt bis zur Neuwahl weiterführen.

Irland.

X Überraschender Regierungsfleg. Die Mißtrauensdebatte im Irischen Landtag endete mit einem Zufallsieg der Regierung. Nachdem der Führer der Arbeiterpartei seinen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Cosgrave begründet hatte, schritt man zur Abstimmung. Für den Mißtrauensantrag wurden 71 Stimmen abgegeben, dagegen ebenfalls 71. Den Ausschlag gab der Sprecher, der für die Regierung stimmte. Nach der Abstimmung wurde das Parlament auf den 11. Oktober vertagt. Man spricht von einer Auflösung des Landtages und von Neuwahlen.

Aus In- und Ausland.

Hannover. Der Evangelische Landeselternbund Hannover bezeichnete in einer Erklärung seines Ausschusses den vorliegenden Reichsschulgesetzentwurf als eine brauchbare Grundlage für das von der Elternschaft geforderte Reichsschulgesetz.

Danzig. Der Senat der Freien Stadt Danzig beschloß, die Wahlen zum Danziger Volkstag am 13. November stattfinden zu lassen.

Warschau. Der verschundene General Zagorski war, wie sich jetzt herausgestellt hat, im Besitz eines diplomatischen Passes, der es ihm ermöglichte, jederzeit die Grenze Polens zu überschreiten.

Rom. Auf Veranlassung des italienischen Aeroklubs soll jede Provinz mit je einem Flugzeug zur Luftflotte beisteuern. Die Geldbeträge sollen durch öffentliche Zeichnungen aufgebracht werden.

Budapest. Die Konferenz des Europäischen Kirchenbundes ist geschlossen worden. Namens der deutschen Teilnehmer sprach in der Schlußsitzung Schürmann.

Athen. Ministerpräsident Pamiß bildete das neue griechische Kabinett, in dem er selbst vorläufig das durch den Rücktritt des Innenministers frei gewordene Portefeuille des Innern übernimmt. Alle anderen Minister haben ihre Portefeuilles behalten.

Die Industrie für die Hindenburg-Spende.

Berlin. Als erste Zeichnungen der Industrie für die Hindenburg-Spende sind bei der Geschäftsstelle der Hindenburg-Spende angemeldet worden: Von der F. G. Farbenindustrie 100 000 Mark, Siemens-Schubert 50 000 Mark, Formstrahl G. m. b. H. und deren Schwesterfirmen 10 000 Mark und Maai G. m. b. H. 10 000 Mark.

Die Danziger Regierungskrise.

Danzig. In Danzig ist durch das Ausscheiden der beiden liberalen Senatoren Ernst und Sieberfreund aus dem Danziger Senat eine Regierungskrise entstanden. Das Ausscheiden der Liberalen aus der Regierung wird durch einen Parteibeschluß in der Schulfrage begründet. Man nimmt an, daß bis zu den Neuwahlen, die am 13. November stattfinden sollten, Deutschnationale und Zentrum allein die Regierungsgeschäfte weiterführen werden.

Chung Francesco Crispi.

Rom. Aus Anlaß des 26. Jahrestages des Todes Francesco Crispi (11. August) hat Mussolini verfügt, daß in jeder Stadt Italiens ein mit dem Liktorenbündel geschmückter Deutscher dessen Namen als des „ersten Faschisten Italiens“ verewiae.

Beschließung Nankings durch die Nordtruppen.

Nanking. Die Nordtruppen haben Putau besetzt und mit der Beschließung Nankings begonnen.

die Hälfte unserer Stellung raumen. Ich bin anderer Meinung. Nun gut! Tun Sie, was Sie nicht lassen können!“

„Herr Geheimrat, wenn Sie nicht von der Vorstellung loskommen, das Wirtschaftsleben als einen stillen Bürgerkrieg zu betrachten...“

„Sie sind noch sehr jung, Herr Doktor Winterhalter! Sechs-, siebenundzwanzig, nicht? Wenn Sie älter sind, werden Sie merken: das ganze Leben ist ein Krieg. Im übrigen: ich sehe da eben schon meinen Filius mit einem Ja und Amen der Herren ans Telephon stürzen. Sie haben sich entschieden. Ich bin ja auch nur einfacher Aktionär und dreh hier leeres Stroh.“ Der Geheimrat ging in das Nebenzimmer, warf seine lange, hagere Gestalt mit einem zornigen Ausdruck in einen Sessel und griff nach einer Zeitung. Werner Winterhalter schaute ihm lachend nach. Sieg in den dunklen Augen.

„Uff. Das wäre nun also vorläufig getan,“ sagte er. Und dann zu dem Diener: „Was haben Sie denn da? Briefe? Geben Sie her.“ Er öffnete nur eines der vielen Schreiben, die Adresse in steiler, großer Mädchenhandschrift mit dem Poststempel Freiburg, und las. „Ja... ja...“ murmelte er, etwas ungeduldig, wie ein Mann, den man mitten in wichtigen Dingen stört, trat in den Vorraum und schlug da das Kurzbuch nach. Moritz Kühn sah es durch sein Monokel. „Du willst doch nicht jetzt verreisen?“ — „Doch. Am Abend, sowie hier alles in Ordnung ist.“

Lange schon hatten draußen die Dampfströme ihre heulenden Rufe zur Nachmittagsarbeit über die Dächer ergehen lassen. Keine Menschenseele weit und breit. Die Herren standen dicht gedrängt an den Fenstern des Beratungszimmers und schauten gespannt hinunter nach dem Eingangsgitter. Dort schimmerte nur die rote Mütze des Pförtners hinter der Glasscheibe. Sonst nichts. Auch die Streikpostenfeher waren verschwunden. Die Straßen völlig leer.

„Na — wann beginnt denn nun die Völlerwanderung zur Arbeit?“ brummte der dicke Schweikardt.

Und wieder, nach einer Viertelstunde vergeblichen Wartens, schon ein wenig schadenfroh: „Vorläufig sehe ich viele, die nicht da sind.“

Werner Winterhalter fühlte sonderbare Blicke auf sich gerichtet. Eine leichte Unruhe befiel auch ihn. Er zog die Uhr. „Die Leute können doch nicht hegen,“ sagte er ärgerlich. „Am zwei war die Versammlung.“ — „Und jetzt ist's vier!“ — „Und jetzt halb fünf!“ brach einer nach langer Pause das Schweigen.

(Fortsetzung folgt.)